

Wahl-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für K

Erscheint an jedem Werktag sechs Mal. Die Bezugs-Verhältnisse des Blattes betragen in Stadt und Land 5150,00 Mark, durch die Post frei im Inland 5150,00 Mark, im Ausland 5150,00 Mark monatlich. Die halbjährliche Bezugsgebühr beträgt 2575,00 Mark, die jährliche 5150,00 Mark. Die Einzelhefte kosten 250,00 Mark. Die Abnahmebestellungen sind an den Verleger zu richten. Die Abnahmebestellungen sind an den Verleger zu richten. Die Abnahmebestellungen sind an den Verleger zu richten.

Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Braunschweiger Straße 1a, Halle a. S. Telefon-Nr. 2122. Druckerei: Druckerei des Verlegers, Halle a. S. Telefon-Nr. 2122. Die Abnahmebestellungen sind an den Verleger zu richten.



Sirenenlänge aus Paris.

Unsere letzte Waffe.

Amfides über die Kohlenfrage. — Nur Halbenacht.

Um unsere letzte Waffe geht es, auch in dem Ringen zwischen Baldwin und Poincaré, das man schon eine Weile vorher, Frankreich will unter allen Umständen die letzte Waffe, über die wir noch verfügen, den politischen Widerstand, aus der Hand nehmen. Mit Gewalt hat es das nicht vermocht, in dem halben Jahr, seitdem die Drangsalierungen begannen und sich immer mehr zu Krebs und Morb heizten. Neue Drohungen kommen jetzt aus Paris, Ardrie, einer der einflussreichsten Politiker, drängt, man möge ins Ruhrgebiet größere Truppenmassen senden: 200.000 Mann solle man dahinlegen und jedem Grubenbesitzer oder Betriebsdirektor sagen: „Von morgen an fördert du mit deinen Leuten für Frankreich Kohle oder deine Grube ist übermorgen erloschen.“ Mit den Kohlenlieferungen soll man in gleicher Weise verfahren. Vor die Wahl gestellt, Mann oder Arbeiter für Frankreich, wird der Deutsche für Frankreich arbeiten. Sollte dieses maßhaltige Zerbrechen nicht auf Erfolg? Die Ruhrbesetzung ist amozist. Nein, Wir arbeiten nicht unter dem Druck der Kojanekie Und noch was, was im Ruhrgebiet bisher an Charakterlosigkeit und jähem Willen geleistet ist, darf man glauben, daß es bei diesem Widerstand bleibt. Zwar von dem aktiven Widerstand will die Bevölkerung in ihrer größten Mehrheit nichts wissen. Sie erkennt die Sabotageaktion, die gerade in den letzten Tagen sich häufen, als gutgemeint, als patriotisch an, aber erklärt sie für ein verheerendes Verbrechen. Man könne den Kampf damit nicht gewinnen, sondern vermehrte nur die Schwierigkeiten für unsere Regierung und lese ganze Orte, ohne daß dieser Einhalt lohnt, schwersten Bestimmungen aus. Wenn Frankreich sich neudrängen zuzumüssen bemittelt, den Druck noch zu vergrößern, wenn Poincaré in allen seinen Reden und Akten immerfort über die Spitze stellt: sofortige Aufgabe des politischen Widerstandes, so steht die Ruhrbesetzung darin eine Ermattung und eine Befähigung, daß der Weg, den sie beschritten hat, erfolgreich ist und letzten Endes zum Ziele führen muß. Jetzt liegt eine amfide deutsche Statistik vor über die täglichen Kohlen- und Koks mengen, die Frankreich und Belgien im Mai über die Weiden bei Düsseldorf und Duisburg und auf dem Wasserwege abgefahren haben. Sie bringt ganz andere Ziffern, als Poincaré unlangst in der Kammer, um das französische Volk und die Welt zu beschwören, vorgebracht hat. Das Material ist unanfechtbar, hat Anspruch auf absolute Zuverlässigkeit. Danach ergibt sich jahrelanglich der überzogenen Beweis für die nähere Zukunft im Ringen der Ruhrfrage ist, somit, wie Frankreich immer wieder behauptet, wirtschaftliche Ziele damit verfehlt werden.

Kets dieselben Nummern tragen und stets in derselben Reihenfolge zusammengepackt sind, aber wenn in den französischen Perioden französischen Zeitungen nicht auf den Benken sitzen und überflüssige Artikel markieren. Die Abführung des Verkehrs, wie sie die letzten Maßnahmen der Franzosen darstellen, ist selbstverständlich für die Bevölkerung von unangenehmen Folgen begleitet. Man kann sich vorstellen, was es bedeutet, wenn in einem so dichtbesiedelten Gebiet die Zählstationen gesperrt sind. Man ist nur noch auf die elektrischen Straßenbahnen angewiesen, die ja allerdings mehr als in anderen Gebieten unseres Vaterlandes das Ruhrgebiet in diesen Tagen durchziehen. Eine große einflussreiche Organisation muß hier geschaffen werden, um die Straßenbahn für ihren Zweck, den Nahverkehr zu erhalten, fähig zu machen. Die Fahrweise müssen hier herabgesetzt werden, damit das Verkehrsmittel möglichst allgemein benutzt werden kann. Das alles sind unerwünschte große Schwierigkeiten. Aber auch sie werden überwinden werden. Die Abwehrfront bleibt!

Codrus.

(Eigene Drahtmeldung.)

London, 18. Juni.
Der Pariser Berichterstatter der „Times“ kündigt an, auf französischer Seite höchste Achtung, sich in freundschaftlichem Geiste mit Deutschland über den gleichzeitigen Abbau des politischen Widerstandes und der Umkehrbewegung der französischen Bevölkerung zu unterhalten, wenn die deutsche Regierung sich dazu bereit erklärt und sich dazu einverstanden erklärt, in irgendeiner Form deutlich zu erkennen zu geben, daß sie mit Frankreich eine derartige Umkehrbewegung zu führen wünscht. Eine geeignete Formel für derartige Versicherungen wurde die Wiederannäherung der Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien bilden im Austausch gegen das französische Zugeständnis, einen ansehnlichen Warenverkehr zwischen dem belagerten und unbelagerten Gebiet zu gestatten.

Man kann aus der vorstehenden Meldung nicht ersehen, auf welche Beobachtungen der Pariser Berichterstatter der „Times“ seine Wahrnehmungen stützt. Bisher hat die französische Regierung — und deren Stimmung ist maßgebend, nicht etwa die privater Kreise — noch keine Zustimmung erteilen lassen, die es unterer deutscher Regierung ermöglichen würde, auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit ihr in einen Gedankenanstausch „freundschaftlichen Geistes“. Wir wissen daher nur, daß Poincaré und seine Leute von Deutschland Kapitulation verlangen, und darauf kann die deutsche Regierung niemals eingehen. Anzeichen sind ja allerdings dafür, daß die einflussreiche Kreise in Paris nach einer Brücke suchen, über die man den erst verfahrenen Karren der Ruhrbesetzung irgendwie zum Ziel führen könnte. Ob aber Vorschläge, wie sie der „Times“ Korrespondent in seinem Telegramm formuliert, dabei für die Pariser Regierung in Frage kommen, muß nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge stark bezweifelt werden. Das Telegramm über die Pariser Stimmung scheint uns mit entsetzlicher Zinte geschrieben zu sein. Unsere Regierung kann jedenfalls durch solche Fehlinformation nicht veranlaßt werden, an Frankreich neue Angebote zu machen.

Eine Rede Baldwins.

London, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Baldwin erklärte gestern in einer Rede in Oxford, die Zivilisation leide man heute in die Brüche gehen. Die gesamte Welt erhoffe das Heil von britischen Reich und von den Vereinigten Staaten von Amerika. Wenn die Welt wiederaufgebaut werden sollte, so müßte dies Großbritannien tun. Die Männer, die Hand an dieses Werk legen, so heißt Baldwin, brauchen den Mut eines Pitt und den Glauben eines Lincoln. Wir wollen hoffen, daß jeder von uns sich zum Hauptziel setzt, an der Vollendung dieses Wertes mitzuwirken.

1 1/2 Billionen Mark Geldstrafe.

Ellen, 18. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Im Anschluß an die Freiheits-Verhandlungen vor dem hiesigen französischen Kriegesgericht gegen eine Reihe von Zehnerdirektoren wurden heute ebenfalls wegen Nichtbefolgung der Verordnung 33 (Kohlenlieferungsgebot) verurteilt: Generaldirektor S e i n von der Gewerkschaft „Kohlenarbeiter“ in Eisenbüttel mit fünf Jahren Gefängnis und 3,6 Millionen Marks (rund 24 Milliarden Mark) Geldstrafe, Bergwerksdirektor F e n r i c h s von der Gewerkschaft „Zollverein“ in Katernberg mit 5 Jahren Gefängnis und 62 Millionen Marks (rund 430 Milliarden Mark) Geldstrafe, Generaldirektor Dr. W i n t h a u s von „Rhein-Neue-Werke“ in Mülheim mit 5 Jahren Gefängnis und 32 Millionen Marks (rund 227 Milliarden Mark) Geldstrafe, Bergwerksdirektor K a m p e r s von der Mannesmann-Köhlenwerke, Abteilung Bergwerke, Ellen mit 5 Jahren Gefängnis und 20 Millionen Marks (rund 200 Milliarden Mark) Geldstrafe. Sämtliche Strafen sind in Abwesenheit der Angeklagten verhängt. Allein die Geldstrafen betragen 1 Billion 73 Milliarden Mark.

Heutiger Stand des Dollars 148000!

Zur belgischen Kabinettskrise.

Verhandlungen mit Theunis.

Paris, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In Brüssel blieb heute die Meinung vorherrschend, daß Theunis zur Bildung eines neuen Kabinetts berufen werden würde. Die Parteiführer, außer den Sozialisten, würden ihm ihr Vertrauen wieder entgegenbringen. Theunis hat heute verschiedene politische Persönlichkeiten, darunter die früheren katholischen Minister Segers, Carton und De Wiart, sowie die Mitglieder seines eigenen Kabinetts empfangen, woraus man folgert, daß er die Bildung eines neuen Kabinetts vorbereiten wird. Die Bildung der Regierungspolitik wird jedoch noch ein paar Tage auf sich warten lassen. Dem „Temps“ zufolge wäre sein Zweifel daran möglich, daß die neue Regierung unter allen Umständen dieselbe äußere Politik verfolgen wird wie Theunis, und daß ihre schwierigste Aufgabe darin bestehen werde, in der Frage der Genfer Universität und in der Militärfrage eine einflussreiche Majorität zusammenzubringen. Der König hat gestern von politischen Persönlichkeiten den früheren katholischen Minister Segers und den früheren liberalen Außenminister Baeters empfangen. In dem Besonderen steht man den kommenden Führer der äußersten Linken. Sollte die Bildung eines neuen Kabinetts Theunis scheitern, so ist es fraglich, ob die Sozialisten an einer Koalitionsregierung, wie sie dann ins Auge gefaßt werden müßte, teilnehmen würden.

Paris, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Nachrichten aus Brüssel liegt die Bildung der belgischen Ministerkette noch nicht unmittelbar bevor. Die Verantwortung des englischen Fragestellers über die Subvention und die Reparationen wird aber noch ein einige Tage hinausgeschoben werden. Der „Figaro“ meldet aus Brüssel, Theunis habe sich unwohl entschieden, das neue Kabinett zu bilden. Der Kolonialminister Frank und Baron Sapeyie werden ihre Portefeuilles aufgeben. Als Nachfolger für den Kolonialminister nennt das Blatt den liberalen Abgeordneten von Antwerpen Decker oder den früheren Gouverneur von Kongo Lippens.

Brüssel, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der außerordentliche Kongreß der sozialistischen Partei ist am Sonntag abend in Brüssel geschlossen worden, nachdem er eine Tagesordnung angenommen hatte, in der alle Mitglieder der Partei aufgeführt werden, jeder Regierung, die die Politik Theunis verfolgen würde, die unarmbarste Opposition entgegenzusetzen. Die letzten Redner auf dem Kongreß sprachen von der Möglichkeit der Auflösung der Kammer.

Die Ziele der belgischen Politik.

Paris, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Bei einem Empfang im Brüsseler Verfall, bei welchem der frühere Präsident des französischen Verfalls Michelin über die Verantwortung eines ausgebreiteten französisch-belgischen Handelskrieges sprach, hielt auch der belgische Verfallungsvermittler im Kabinett Theunis, Herr de Bese, eine Rede. Er sagte: „Man kann die kommende Regierung zusammenfassen wie man will. Ihr Programm muß unerschütterlich folgende Ziele haben: 1. Die Erlangung voller und angestrebter W e d e r s a m m l u n g e n v o n D e u t s c h l a n d. 2. Die Antizipation einer engen und brüderlichen Freundschaft mit Frankreich, mit dem wir Hand in Hand gehen müssen. 3. Die Aufhebung des Bods der alliierten Verbündeten. 4. Im Innern die Vermittlung der nationalen Einheit. Zu Herrn Michelin gewendet sagte der Minister: „Der Vertrag, den mein Genosse Michelin beibringt, haben die wir nicht übersehen dürfen, wenn wir uns gegen die an Lieberungen, Stürmen und fürberlichen Drohungen reiche Zukunft schützen wollen.“

Ultimatum der kleinen Entente an Bulgarien.

Paris, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Chicago Tribune“ erzählt aus London, daß der englische Gesandte in Belgrad dem südbalkanischen Ministerpräsidenten erklärt habe, England ließe Südbalkanien keine finanzielle Hilfe angedeihen, wenn die südbalkanische Regierung das von den Mächten der kleinen Entente in Griechenland angebotene Ultimatum an die bulgarische Regierung lehnen würde. Die englischen Mächte in Belgrad, Serbien und Albanien hätten einen ähnlichen Schritt bei den Regierungen unternommen, bei denen sie befragt sind. Der Korrespondent glaubt zu wissen, daß Quailmann die Ansicht habe, am Freitag zu mobilisieren. Eine offizielle Note Italiens warnt Südbalkanien, daß sie in die bulgarischen Angelegenheiten einzumischen oder den Vätern des Vertrages von Neuilly spielen zu wollen. Dies Rede nur den Großmächten zu.

Wien, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die bulgarische Regierung hat ein zehnjähriges Zahlungsamortatorium erlassen. Die starke Steigerung des Werta in den letzten Tagen wird auf große Tabakläufe des Auslandes zurückgeführt. „Daily Mail“ erörtert ihrem Korrespondenten in Sofia, daß der neue Ministerpräsident, der sich ihm erklärt habe, das Gesamtbudget in einem Formel in der Nähe des Otrtes beendigt werden sei, wo er unter den Augen der ihn verfolgenden Kavallerie täglich verumwortet zusammengebrochen war. Der französische Ministerpräsident Poincaré erlachte in einem Telegramm die friedliche Absicht der neuen Regierung an. Er gebe mit Vergnügen jeder Politik seine Unterstützung, die die Unabhängigkeit Bulgariens mit entschiedenen friedlichen Mitteln bezwecke. Ein Beweis, daß es noch gegeben ist, wenn Bulgarien keine internationalen Verpflichtungen ablehnt.

